

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 846 ppbn.d

Inhalt

38. Jahrgang / 27

8. Februar 1983

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, weist auf den Zusammenhang der KSZE-Nachfolgekonferenz mit den INF-Verhandlungen hin.

Seite 1

Heinz Rapp MdB beklagt die geringe Resonanz des Wortes der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 83.

Seite 3

Peter Reuschenbach MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses, wirft der Regierung Fehlleitung von Haushaltsmitteln vor.

Seite 4

Ulrich Steger MdB interpretiert Riesenhubers europäische "Gehversuche".

Seite 5

Glosse

Jakob Mierscheid MdB wünscht Bruder Josef einen schöneren Abgang aus der Bonner Regierungspolitik.

Seite 7

Es fehlt am politischen Willen zur Einigung

Zum Beginn der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid

Von Karsten D. Voigt

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz schleppt sich dahin. Wohlklingende Absichtserklärungen bei der Wiederaufnahme der Konferenz können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in eine tiefe Krise geraten ist. Es mangelt auf der Konferenz nicht an der Möglichkeit zur sachlichen Einigung. Es fehlt vielmehr der politische Wille zur Einigung.

Eine Zwischenbilanz der unter dem Vorbehalt einer Gesamteinigung bereits konsensfähigen Texte zeigt, daß eine Einigung über ein substantielles Schlußdokument zu erzielen wäre. Auch die bestehenden Auffassungsunterschiede über ein Mandat für eine "Konferenz über Abrüstung in Europa" wären bei einem konstruktiven Verhalten aller Seiten schnell zu überwinden. Voraussetzung für eine Einigung wäre allerdings, daß alle Teilnehmerstaaten zu der entspannungspolitischen Konzeption zurückkehren würden, die die erfolgreiche Einigung auf eine KSZE-Schlußakte in Helsinki überhaupt erst ermöglichte.

Über Erfolg oder Mißerfolg der KSZE-Folgekonferenz in Madrid entscheiden nicht so sehr die nach wie vor bestehenden Sachkonflikte zwischen Ost und West, sondern der Ausgang



des Konfliktes innerhalb des westlichen Bündnisses über die richtige politische Gesamtstrategie im Umgang mit den osteuropäischen Staaten und insbesondere mit der Sowjetunion.

Die sachlichen Konflikte über ein Schlußdokument wäre nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen lösbar, wenn sich die Teilnehmerstaaten der Konferenz trotz bestehender gesellschaftspolitischer und machtpolitischer Konflikte ernsthaft um eine Verständigung und einen Interessenausgleich bemühen würden. Wer sich erneut vom Ungeist der während der 50er Jahre in Europa herrschenden Ost-West-Konfrontation prägen läßt, der ist allerdings unfähig, in Madrid eine Einigung herbeizuführen.

Für Reformen in Osteuropa ist Entspannung eine notwendige Voraussetzung, da sie erst den Spielraum für autonome Reformentwicklungen ermöglicht, wenn auch keine hinreichenden. Ohne Entspannung ist eine Liberalisierung Osteuropas unmöglich. Wer allerdings Fortschritte in der Liberalisierung Osteuropas als Vorbedingung fordert, bevor er zu Vereinbarungen im Rahmen der KSZE-Konferenz bereit ist, gefährdet einen Erfolg dieser Konferenz und letztlich auch praktische Fortschritte bei der Verwirklichung von Menschenrechten.

Eine Politik, die Fortschritte bei der KSZE erst als Belohnung für rüstungs-, gesellschafts- und weltpolitische Zurückhaltung der Sowjetunion konzidieren würde, überschätzt die Einflußmöglichkeiten auf das innen- und außenpolitische Verhalten der Sowjetunion. Eine solche Politik widerspräche auch den Voraussetzungen der Entspannung: Die KSZE-Nachfolgekonferenz ist eine legitime Plattform, um die Einhaltung von Menschenrechten einzufordern und deren Verletzung zu kritisieren. Aber eine im westlichen Sinne demokratische Struktur aller KSZE-Staaten war niemals Vorbedingung der Entspannung.

Wenn es in den nächsten Wochen in Madrid zu einer Einigung über ein Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa kommt, dann ist dies ein positives Signal auch für die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen. Wenn es bei der KSZE-Nachfolgekonferenz aber nicht zu einer Einigung kommt, dann wäre auch Anlaß, für die Genfer Verhandlungen pessimistisch zu sein: Reicht der Wille für eine KSZE-Nachfolgekonferenz (wo ein Kompromiß noch verhältnismäßig einfach wäre) nicht, dann reicht er erst recht nicht für die technisch und politisch schwierigen Verhandlungen in Genf.

+ + + (-/8.2.1983/bgy/va)



Auf offenen Parteienwettbewerb ausgerichtet

Zum Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 83

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Es wäre seltsam und ein bedrückendes Zeichen des Niedergangs der politischen Kultur, wenn der Aufruf der deutschen katholischen Bischöfe zur Bundestagswahl 83 einfach deshalb unbeachtet bliebe, weil er im Unterschied zum damals - so oder so - leidenschaftlich aufgenommenen Wahlhirtenbrief 80 die Wahlentscheidung nicht einseitig lenkt, sich vielmehr auf den offenen Parteienwettbewerb einläßt und ihm sogar Fürsorge zuwendet. Es darf doch nicht wahr sein, daß nur noch "Überkommt", was in vorverurteilende Raster paßt, Feindbilder stabilisiert, Emotionen putscht und Menschen entzweit. Der Wahlauf Ruf 83 will zusammenführen - er tut es auch dadurch, daß er fernab jeder Selbstgerechtigkeit "wir alle", sagt, wo er zum Umdenken auf- und herausfordert.

Alle Parteien im Wahlkampf müssen sich den Prüfsteinen des Wahlauf rufs stellen (das Dokument spricht bescheiden von Hinweisen). Wir Sozialdemokraten können dies tun - ohne vereinnahmende Gesten, aber doch im Bewußtsein, uns weitgehend mit den Sorgen und Hoffnungen, die der Wahlauf ruf zum Ausdruck bringt, zu treffen.

Wir stimmen dem zu, was die Bischöfe in ihrem Vorspruch als entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben nennen, nämlich den Vorrang des Gemeinwohls vor den Gruppeninteressen. Unser Programm für eine solidarische Gesellschaft und gegen die Vormacht der Ellenbogen ist dieser Auffassung verpflichtet.

(-/8.2.1983/bgy/va)

+ + +



Falsche Prioritäten

Hunderte Millionen verfehlt eingeplant

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Im Zuge der Rückvergütungen aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft sollen an die Bundesrepublik 506 Millionen DM zurückfließen. Sie sind nach der augenblicklichen Planung zum größten Teil bestimmt für die Aufstockung der Baumittel des Schnellen Brüters SNR 300 in Kalkar. Die Baustelle hätte ohne eine kräftige Finanzspritze des Bundes stillgelegt werden müssen, da die Elektrizitätsversorgungsunternehmen sich bisher geweigert haben, einen angemessenen Anteil an den Mehrkosten zu erbringen. Mehr als drei Viertel der aus Europa zu erwartenden Summe waren bereits im vorigen Jahr nötig, um dem Schnellen Brüter aus der Finanzklemme zu helfen: Im Zweiten Nachtragshaushalt 1982 wurden daher die Ausgaben für den Brüter im Vorgriff auf die Erstattung bereits um 385 Millionen DM aufgestockt.

Angesichts unserer schwierigen wirtschaftlichen Lage und der noch immer wachsenden Arbeitslosenzahlen betreibt die Bundesregierung jedoch eine völlig verfehlt Haushaltungspolitik, wenn sie zur Rettung eines solchen Objektes hunderte von Millionen einsetzt, anstatt sie in sinnvolle Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu stecken. Sie setzt völlig falsche Prioritäten bei den Ausgaben öffentlicher Mittel, wenn sie in ein Projekt, das die Beherrschung einer Technik demonstrieren soll, für die im kommenden Jahrtausend erst ein Bedarf bestehen könnte, jetzt in der derzeitigen Wirtschaftslage Unsummen pumpt, die für - auch unter dem europäischen Aspekt - sinnvollere Maßnahmen eingesetzt werden könnten.

So notwendig der Ausbau der Kernenergie entsprechend dem Strombedarf ist, so wenig einsichtig ist es, auf Staatskosten eine Technik zu favorisieren, deren Bedarf in so weiter Ferne liegt wie beim Schnellen Brüter. (-/6.2.1983/h1/va)

+ + +



Riesenhubers europäische "Gehversuche"

Der Forschungsminister lenkt von Schwierigkeiten ab

Von Ulrich Steger MdB

Obmann der Sozialdemokraten im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Pünktlich mit der Übernahme der Präsidentschaft im Europäischen Forschungsminister-
rat hat der Bundesforschungsminister das Thema "Europäische Forschungs- und Techno-
logiepolitik" entdeckt und die neuen Aktivitäten, die es dort wohl erst noch zu ent-
wickeln gilt, hoch gelobt. Die von der EG-Kommission vorgelegten Vorschläge eines
Rahmenprogramms für 1984 bis 1987 werden zu einer "europäischen Strategie" und zu
einer "großen Chance, die Einigungsbemühungen voranzutreiben", hochstilisiert. Ziel
des Bundesforschungsministers ist, das Programm zu einem "echten Planungsrahmen"
zu machen, der alle F+E-Aktivitäten der Gemeinschaft, wie sie von den verschiedenen
Generaldirektionen wahrgenommen werden, überprüft. Von der Sache her ist ein sol-
ches Unterfangen durchaus lobenswert, aber angesichts der starren, auf Wahrung der
eigenen Kompetenz bedachten Bürokratie in den einzelnen Generaldirektionen eine
Sisyphus-Arbeit.

Mindestens ebenso anspruchsvoll ist das Ziel, gemeinsame Kriterien einer europäischen
Forschungspolitik zu entwickeln und durchzusetzen. Die finanziellen Mittel von den
Mitgliedern der Gemeinschaft zu erhalten und die europäische Integration der For-
schung zu verstärken, entsprechend große Projekte, die für genügend Partner inter-
essant sind zu finden und auch noch eine gemeinsame Politik in diesem Bereich gegen-
über Ländern der Dritten Welt zu entwickeln, erscheint bei dem jetzigen Stand der
gemeinsamen Forschungspolitik eine hoffnungslose Überforderung. Zwar lassen sich
beim Esprit-Programm einige hoffnungsvolle Ansätze in dieser Richtung finden, doch
es ist zweifelhaft, ob es gelingt, die gesamte Forschungspolitik der Europäischen
Gemeinschaft an diesen Prinzipien auszurichten. Zu groß sind, von Ausnahmen abgesehen,
die Interessen der Einzelstaaten, zu unterschiedlich ihre Bereitschaft und Fähig-
keit, ihre Forschungsanstrengungen auf gemeinsamer Basis zu verstärken.

Der finanzielle Schwerpunkt bei den EG-Ausgaben für Forschung wird auch in den kommen-
den Jahren bei der Förderung der Energietechniken auf dem Nuklear- und Fusionssek-
tor liegen, obgleich die Ausgaben hier von 63 Prozent in 1982 auf durchschnittlich
fast 50 Prozent zurückgehen und die Ausgaben für Industrieforschung von 18 Prozent
auf 28 Prozent steigen sollen. Angesichts dieser beiden großen Ausgabenblöcke und der
leicht rückläufigen Ausgabenplanung für Umweltforschung erscheint es jedoch schwer,



wenn nicht gar unmöglich, die vom Bundesforschungsminister angekündigten neuen Schwerpunkte in den Bereichen Umwelt, Wasser und Klima durchzusetzen.

Dennoch besteht die Gefahr, nicht nur in der Bundesrepublik, daß angesichts schrumpfender Förderungsmöglichkeiten für andere Gebiete, als beispielsweise die nukleare Energietechnik, die Forschungsförderung sich an die europäischen Geldtöpfe flüchtet, Programme zum Beispiel für die Entwicklung von Umweltechnologien unnötigerweise zu europäischen Programmen erhoben werden und dann die Europäische Gemeinschaft, wenn diese Programme aus welchen Gründen auch immer scheitern sollten, dafür verantwortlich gemacht wird. Daß diese Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigen die Ausführungen des Bundesforschungsministers zur inhaltlichen Ausfüllung des Programms. So nötig es ist, eine europäische Einigung über die Verbesserung der Umwelt und die Sicherung der Wasserressourcen als Aktionsschwerpunkt zu erzielen, so wichtig ist es aber auch, nationale Vorleistungen auf diesen Sektoren, auch auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung, zu erbringen. Doch fehlt in der Bundesrepublik beispielsweise noch immer ein Umwelt-Technologie-Programm, wie es vom Bundestag gefordert worden ist. Es ist auch schwierig, mit Mittelansätzen und Verpflichtungsermächtigungen, die gegenüber dem Ansatz der sozialdemokratisch geführten Regierung von der Rechtskoalition von bis zu 20 Prozent gekürzt wurden, neue Programmansätze durchzuziehen, auch wenn sie für noch so nötig gehalten werden, während die Förderung des Schnellen Brütlers unvermindert anhält und im Haushaltsjahr 1982 sogar noch schnell erheblich aufgestockt wurde. Was liegt dann näher zu versuchen, ein derartiges Programm auf die europäische Ebene hochzustilisieren und die Entwicklung von Technologien zur Schonung der Umwelt und des Wassers zu Schwerpunkten europäischer Forschungsförderung zu machen.

Es sieht so aus, als ob die Bemühungen des Bundesforschungsministers als Präsident des Europäischen Forschungsministerrates zwar gut gemeint und von der Sache her auch begründet, aber angesichts der bereits getroffenen Festlegungen und der Inflexibilität der europäischen Forschungsbürokratie von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind. Die Anhebung des deutschen Umwelt-Technologie-Programms auf die europäische Ebene ist unter diesem Aspekt ein durchsichtiges Manöver, um von den hausgemachten Schwierigkeiten abzulenken. (-/8.2.1983/hi/va)

+ + +



Bruder Josefs Abgang

Ertls voraussichtlich letzte Spuren im Bundesgesetzblatt

Von Jakob Mierscheid MdB

Geben wir es ruhig zu: Wir alle haben ihn gemocht. Er hat zwar oft unsere Nerven strapaziert, aber er war 13 Jahre lang loyal zur sozial-liberalen Koalition, obwohl sie ihm nie eine richtige Herzensangelegenheit gewesen ist. Seinen sozialdemokratischen Kabinettskollegen hat er Weihnachten sogar immer Äpfel geschenkt.

Nun, spätestens nach dem 6. März, wird das Dasein von "Bruder Josef" als ministerialisierter Vertreter der deutschen Landwirtschaft mit bayerischem Akzent zu Ende sein.

Wir hätten ihm einen schöneren Abgang gewünscht.

Jetzt hat er kurz vor Schluß ein ganzes Gesetzblatt, ein dickes mit 50 Seiten sogar, mit seinen Verordnungen und Unterschriften füllen dürfen.

Wohl zum letzten Male lesen wir (im Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 50 vom 17. Dezember 1982):

"Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten J. Ertl"

Diese Unterschrift erscheint gleich viermal in dem einen Gesetzblatt; aber Bruder Josef hat sich kein schönes Denkmal gesetzt.

Er hat sich eingereiht unter die Spitzenvertreter des deutschen Bürokratismus, obwohl er nie so ein richtiger Bürokrat gewesen ist.

Die letzten Verordnungen mit seiner Unterschrift handeln von der Einfuhr und Durchfuhr von Klautieren, von der tierseuchenrechtlichen Behandlung der eingeführten Haare, von Wiederkäuern und der Einfuhr und Durchfuhr von Sperma, Fleisch und toten Einhufern.

Dies alles bedarf nämlich der behördlichen Genehmigung.

Es gibt - Josef sei Dank - jetzt eine "Identitätsbescheinigung für die Verwendung von Einhufern bei der Ausübung des Reit- und Fahrsports auf grenzüberschreitenden Wegen", zu deutsch: einen Pferdepaß.

Ertl Josef hinterläßt der Nachwelt eine Definition von Klautier-Fleisch ("zum menschlichen Genuß geeignete Teile von geschlachteten oder erlegten Klautieren und die daraus hergestellten Fleisch- und Wurstwaren") und des schweinepestfreien Betriebes ("Betrieb, in dem seit mindestens zwölf Monaten keine Schweinepest festgestellt worden ist").

Josef Ertl verabschiedet sich aus dem Deutschen Gesetzblatt mit den mahnenden Worten:

"Ordnungswidrig im Sinne des Paragraphen 76 Absatz 2 Nr. 2 des Tierseuchengesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine vollziehbare Auflage nach Paragraph 2 Absatz 2 Satz 3, Paragraph 3 Satz 2, Paragraph 4 Satz 2 oder 3, Paragraph 5 Absatz 1 Satz 4, Paragraph 6 Satz 3 oder Paragraph 7 Satz 2 nicht oder nicht vollständig erfüllt."

Fürwahr, Bruder Josef, wir hätten Dir einen schöneren Abschied gewünscht.

(-/ 8.2.1983/ks/ca)

+ + +

